

# Gemeinderat will Pläne erst später auflegen

**FREISTATT** Sofern gewisse ökologische Auflagen erfüllt sind, soll die Ausnutzungsziffer auf dem Freistatt-Areal auf maximal 0,85 erhöht werden, wurde in einem Postulat gefordert. Der Gemeinderat zeigt sich zurückhaltend – und will das Geschäft genauer vorbereiten. Deshalb verzögert sich die Auflage.

Auf dem 23 000 Quadratmeter grossen Freistatt-Areal an der Länggasse soll «eine anspruchsvoll gestaltete Wohnüberbauung in verdichteter Bauweise» entstehen. Das ist die Grundlage einer Zone mit Planungspflicht (ZPP), welche die Stadt für das Gelände ausscheiden will. Die Details sind noch unklar; momentan läuft die Auswertung der Mitwirkungsphase (wir berichteten mehrmals).

## Verzögerungen bei Planung

Eigentlich war der Mitwirkungsbericht für Ende Juni angekündigt. Nun verzögert sich das Projekt aber um rund ein halbes Jahr, wie die zuständige Gemeinderätin Marianne Dumermuth (SP) auf Anfrage mitteilt. «Die Mitwirkung hat gezeigt, dass es sich um ein besonders sensibles Thema handelt», sagt sie. Der Gemeinderat habe sich daher entschlossen, das Projekt vor der Auflage zu konkretisieren, als ur-

sprünglich geplant war. Er habe daher eine Mobilitätsanalyse und weitere Abklärungen in Auftrag gegeben. Die Resultate sollen im Winter vorliegen – also just nach den Wahlen. Das sei aber Zufall, beteuert Marianne Dumermuth. «Wir sind zum Schluss gekommen, dass in dieser Angelegen-

«Die Mitwirkung hat gezeigt, dass es sich um ein besonders sensibles Thema handelt.»

Marianne Dumermuth (SP)

heit nur ein relativ detailliert ausgearbeitetes Projekt mehrheitsfähig ist. Dessen Ausarbeitung braucht aber entsprechend Zeit», sagt sie.

Nach der Vorprüfung durch den Kanton soll die öffentliche

Planaufgabe im Frühjahr 2015 erfolgen.

## Höhere Ausnutzungsziffer

Geht es nach der Stadt, wird die Ausnutzungsziffer (AZ) – das Verhältnis von der Bruttogeschossfläche zur Landfläche – für das Neubauprojekt von aktuell 0,3 auf 0,5 bis maximal 0,7 erhöht. In einem Postulat forderten die Grünen, die SP und die Fraktion der Mitte, diesen Wert gar auf maximal 0,85 zu erhöhen. «Dabei sollten unter Rücksichtnahme auf Freiflächen kompakte Bauten mit einem zusätzlichen Vollgeschoss zugelassen werden», steht im Postulatstext. Die heutigen Zonenvorschriften für das entsprechende Areal sehen maximal dreigeschossige Bauten vor. Zugleich schlugen die Postulanten ein Anreizsystem vor, das der Bauherrschaft ermöglichen soll, die AZ weiter zu erhöhen, sofern bestimmte Auflagen punkto energieeffizienten Bauens und Nachhaltigkeit erfüllt sind.

## Gemeinderat will Frage klären

Zuhanden der Stadtratssitzung vom 21. August liegt nun die Antwort des Gemeinderats vor. Eine

nachhaltige Quartierentwicklung entspreche den Zielen der Stadtentwicklung, steht in der Stellungnahme. «Es ist allerdings zu prüfen, ob eine Verknüpfung von ressourcenschonenden Massnahmen mit städtebaulich relevanten Instrumenten wie dem Ausnutzungsbonus tatsächlich zweckmässig ist.» Diese Frage werde der Gemeinderat im Rahmen des weiteren Planungsverfahrens zur ZPP klären.

Ein Grossteil der Gebäude auf dem Freistatt-Areal gehören der

Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft (GBWG) Freistatt. Der Baurechtsvertrag der Stadt Thun mit der GBWG Freistatt wird vorzeitig aufgelöst. Zudem ist vorgesehen, dass die Stadt der GBWG die Häuser abkaufen könnte. Aus dem Erlös würde die Genossenschaft voraussichtlich rund ein Drittel des Terrains zurückkaufen und selbst bebauen. Das übrige Land sollen Private bebauen. Anfang Jahr fand in dieser Angelegenheit ein Mitwirkungsverfahren statt. *Nik Sarbach*



Die renovationsbedürftigen GBWG-Häuser sollen einer modernen Überbauung weichen. Die entsprechende ZPP ist in Bearbeitung. *Patric Spahni*

meindebibliotheken sind weitere Teile der Zusammenarbeit. «Für die Bibliotheken sind diese Angebote wichtig, da so ihre Position gestärkt und ausgebaut wird», steht in der gestrigen Medienmitteilung. Gleichzeitig könnten Synergien genutzt und Doppelspurigkeiten vermieden werden. Die Bibliotheken entscheiden weiterhin autonom über ihr Programm und Angebot. So hat auch jede Bibliothek ihr eigenes Reglement und eine eigene Gebührenordnung. «Dieses neue, gemeinsame Angebot von selbstständig bleibenden Bibliotheken ist im Kanton Bern bisher einmalig», betonen die Verantwortlichen.

## Zusätzlicher Nutzen

Jeanne Froidevaux Müller, Leiterin der Stadtbibliothek Thun, erklärt: «Mit der neuen Software, die wir seit Anfang 2013 einsetzen, war diese Zusammenarbeit auf einfache Art umsetzbar. Diese Chance wollten wir nutzen.» Susi Gobeli, Leiterin der Bibliothek Hilterfingen, und Marianne Ryser Dysli, Leiterin der Bibliothek Thierachern, bestätigen: «Unsere Kunden können so von einem grösseren Angebot profitieren. Unsere Teams erhalten zudem professionelle Unterstützung und einen regen Austausch.» *pd*